

Inhalt

Vorwort	17
---------	----

Einführung

Robert Chr. van Ooyen

Das Bundesverfassungsgericht im Politikfeld

Öffentliche Sicherheit:

Von ‚Schleyer‘ zu ‚Luftsicherheit‘, von ‚Out of Area‘ zu
‚Parlamentsvorbehalt ‘Bundeswehreinsatz‘ G8-Gipfel‘ 21

1 Grundpositionen in der aktuellen Sicherheitsdebatte 21

2 Die beiden sicherheitspolitischen Grundlinien in der
Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts 24

2.1 Bundesverfassungsgericht und innere Sicherheit 25

2.2 Bundesverfassungsgericht und äußere Sicherheit 28

3 ‚Einsatz‘ der Bundeswehr beim G8-Gipfel
und Parlamentsvorbehalt? 30

3.1 Umfang und Art der Beteiligung der Bundeswehr 30

3.2 Bewertung von Regierung und Opposition 31

3.3 Klage Bündnis 90 / Die Grünen und die
Entscheidung Bundesverfassungsgericht 33

Sicherheit im (trans)nationalen Kontext

Robert Chr. van Ooyen

Staatliche, quasi-staatliche und
nichtstaatliche Verfolgung?

Hegels und Hobbes' Begriff des Politischen in den
Asyl-Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts 39

1 Politische Verfolgung – nicht staatliche Verfolgung 39

2 Politische ist staatliche Verfolgung:
Die ‚Tamilen-Entscheidung‘ 40

3 Rezeption der ‚Staatstheologie‘ von Hegel und Hobbes 42

4 Staat als ‚ursprüngliche Herrschermacht‘ bei Jellinek 47

5 Quasi-staatliche Verfolgung?
Der ‚Afghanistan-Beschluss‘ 49

Robert Chr. van Ooyen

Das Demokratiedefizit des EU-Haftbefehls
vor dem Bundesverfassungsgericht 55

1 Hintergrund und Position des Beschwerdeführers 55

2 Position der Bundesregierung 57

3 Begründung des BVerfG 60

3.1 Kein Verstoß gegen das Demokratieprinzip,
da keine ‚Entstaatlichung‘ 61

3.2 Rahmenbeschlüsse der EU – bloß Völkerrecht 65

4 Doppelmoral? Die Kritik des Gerichts an der
parlamentarischen Behandlung des EU-Haftbefehls 66

Martin H. W. Möllers

Die nachträgliche Verlängerung der Sicherungsverwahrung
vor Gericht: Bundesverfassungsgericht gegen
Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) –
,Täterschutz‘ gegen ,Opferschutz‘?

		71
1	Ausgangssituation und Einleitung	71
2	Die Schutzfunktion des Art. 103 Abs. 2 GG	75
2.1	Die rechtsstaatlichen Garantiegehalte des Gesetzlichkeitsprinzips	76
2.2	Die tatbestandliche Tragweite des Rückwirkungsverbots	77
3	Das Rückwirkungsverbot nach Art. 7 Abs. 1 EMRK im Urteil des EGMR	79
3.1	Die tatbestandliche Tragweite des Rückwirkungsverbots nach Art. 7 EMRK	80
3.2	Die Legitimation von Freiheitsentziehungen nach Art. 5 EMRK	82
4	Abwägung zwischen ,Täterschutz‘ und ,Opferschutz‘	83
4.1	Rechtssystematische Abwägung	84
4.2	Sicherungsverwahrung im politischen Kontext	85
4.2.1	Entwicklung der Vorschriften zur Sicherungsverwahrung im deutschen Strafrecht	85
4.2.2	Die ,Präventionshaft‘ als Instrument zur Harmonisierung mensenrechtlicher Standards in Deutschland und Europa	92
4.2.3	,Abschied vom Sicherheitswahn‘	94
5	Zusammenfassung und Prognose	96

Robert Chr. van Ooyen

„Zwei Senate in meiner Brust“?

Die ‚Vorratsdatenspeicherung‘ im Spiegel bisheriger Europa-Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts	99
1 Rückblick: Maastricht und Solange I + II	100
2 Entscheidungen bis zum Europäischen Haftbefehl	101
3 Die Vorratsdatenspeicherung vor dem Hintergrund Lissabon	103
3.1 Lissabon: Die Rückkehr zu Maastricht und das Letztentscheidungsrecht des Zweiten Senats	103
3.2 Vorratsdatenspeicherung: Die Rückkehr zu Solange II des Ersten Senats	106

Robert Chr. van Ooyen

Das Bundesverfassungsgericht als außen- und
sicherheitspolitischer Akteur:

Von der ‚Out-of-Area-Entscheidung‘ zum ‚Tornado- und AWACS-Einsatz‘	113
1 Erste Grenzverschiebung: Zulässigkeit von Out-of-Area-Einsätzen als bloße Kompetenzfrage – die verfassungspolitische Grundentscheidung zum Bundeswehreinsatz (1994) und die Kosovo-Entscheidung (1999)	116
2 Zweite Grenzverschiebung: Erweiterte Sicherheit als Domäne der Regierung – die Entscheidungen zum NATO-Strategiekonzept (2001) und AWACS-Einsatz in der Türkei (2003)	122
3 Dritte Grenzverschiebung: Vom Raum euro-atlantischer zur globalen Sicherheit – die Tornado-Entscheidung 2007	127
4 Aktueller Nachtrag: Entscheidung zum AWACS-Einsatz Türkei (2008)	130

Robert Chr. van Ooyen

	„Luftsicherheit II“ als erneuter verfassungspolitischer Tabubruch. Das Bundesverfassungsgericht gibt als Ersatzverfassungsgeber auch den – (noch) beschränkten – Militäreinsatz im Innern frei	133
1	Rückblick: Die ‚Out-of-Area-Entscheidung‘	133
2	Vorspiel: Die Entscheidung ‚Bundeswehreinsatz G8-Gipfel‘	134
3	‚Kalte‘ Verfassungsänderung	137
3.1	Streit zwischen den Senaten	137
3.2	Die Plenarentscheidung	140
3.3	Ein letzter Mohikaner	142
4	Dokumentation: Abweichende Meinung von Richter Gaier (Auszug)	143

Robert Chr. van Ooyen

	Parlamentarische Kontrolle der Unterstützungseinsätze der Bundespolizei im Verbundsystem der Inneren Sicherheit – Politik- und Realitätsferne im ‚halbierten‘ Föderalismus der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zu ‚Dresden‘ und ‚1. Mai‘ in Berlin	149
1	Hintergrund	150
2	‚Sonderpolizei‘ des Bundes in einem ‚Trennsystem‘ des deutschen Föderalismus?	152
3	Kaum parlamentarische Kontrollrechte des Bundestags	156

Robert Chr. van Ooyen

„Migrationskrise als föderales Verfassungsproblem“?

Wo Gutachter Di Fabio recht haben könnte – und wo nicht	159
1 Gesetzmäßigkeitsprinzip	161
2 „Bundestreue“?	164
3 Grenzkontrolle als Element „ewiger, souveräner Kern-Staatlichkeit“?	165

Martin H. W. Möllers

Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum

BKA-Gesetz – Hintergrund und Bewertung

1 Einleitung	169
2 Die neuen Befugnisse der Gesetzesnovelle für das Bundeskriminalamt	170
3 Gründe für den Anlass zu den Verfassungsbeschwerden	173
4 Ergebnis des Urteils des Bundesverfassungsgerichts	174
5 Bewertung des Urteils	177

Robert Chr. van Ooyen

Rechtspolitik durch verfassungsgerichtliche

Maßstabsverschiebung:

Die „neue“ Definition der freiheitlichen demokratischen

Grundordnung im NPD II-Urteil

Martin H. W. Möllers

Die Umsetzung des neuen Gefahrenbegriffs ,drohende Gefahr‘ im Bayerischen Polizeiaufgabengesetz nach dem Urteil des BVerfG zum BKA-Gesetz		187
1	Einleitung zur Problematik der Gefahrenbegriffe	187
2	Die neuen Befugnisse der Novelle des Bayerischen Polizeiaufgabengesetzes	191
3	Bewertung der Novelle zum Bayerischen Polizeiaufgabengesetz	192
4	Dokumentation der Pressemitteilung Nr. 19/2016 vom 20. April 2016 zum Urteil über die Ermittlungsbefugnisse des BKA zur Terrorismusbekämpfung vom 20. April 2016	193
Hinweise zu den Autoren		207